

Aus dem Inhalt

Finanztransaktionssteuer	1
Europäische Hungerkur	5
Nulldefizite als Krisenlösung?	7
Progressive Antworten zur Krise	11
Ratings in der Krise	13
Haushalt für Europa 2020	17
Demontage der ArbeitnehmerInnenrechte in der Slowakei	19
Bilaterale Entwicklungsbanken	21
Neues vom EuGH	23
Buchbesprechungen	25

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Die Krise hat Europa auch nach der Sommerpause weiter fest im Griff.

Gleich sechs AutorenInnen und zwei Buchtipps widmen sich dem Thema: H. Schubert analysiert Licht und Schatten des Vorschlags der Kommission zur Besteuerung der Finanztransaktionen, C. Schlager kommentiert die Einigung auf das Economic Governance-Paket im EU-Parlament, G. Feigl wirft einen kritischen Blick auf neue deutsch-französische Vorschläge, W. Raza berichtet über die pessimistische Einschätzung einer Expertenrunde zur Zukunft der Eurozone und V. Bösch und M. Heiling befassen sich mit der auf wachsende Kritik stoßenden Rolle der Rating-agenturen. Wie die Vorschläge der Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen aus Sicht der ArbeitnehmerInnen zu bewerten sind, stellt C. Schlager dar. Weitere interessante Themen der Ausgabe sind die Demontage von Rechten von Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen in der Slowakei (E. Beer), eine Studie über bilaterale Entwicklungsbanken in der EU (E. Dessewffy) sowie mit bekannter Präzision Neues vom EuGH (L. Oberndorfer). Wir wünschen eine anregende Lektüre.

Ihr AK Redaktionsteam

Finanztransaktionssteuer und Kommission

Endlich vorgelegt, aber verbesserungswürdig

Nachdem sich das Europäische Parlament (EP) am 8. März 2011 für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) ausgesprochen hatte, präsentierte die Europäische Kommission (EK) am 28. September einen Vorschlag für einen Gesetzesentwurf für die Einhebung einer EU-weiten FTT.¹

Helene Schubert

Der Richtlinienentwurf ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Während in früheren Studien der EK die FTT aus dem Blickwinkel der Effizienzmarkthypothese ausschließlich negativ bewertet wurde, hat sich diese Einschätzung nun radikal geändert. Spätestens die Erfahrungen mit der Staatsschuldenkrise dürften doch das Bewusstsein geschärft haben, dass Finanzmärkte zu spekulativen Übertreibungen, Kurzsichtigkeit und sich selbst erfüllenden Prophezeiungen neigen. Die EK betont explizit, dass eine FTT nicht nur ein fiskalisches Ziel (Generierung von budgetären Einnahmen) hat, sondern sie verweist auch auf eine positive Lenkungsfunktion, indem sie regulatorische Initiativen sinnvoll ergänzt.

Auch die Frage der Steuerbasis wird nun neu bewertet. Während in früheren Arbeiten der EK davon ausgegangen wurde, dass aus technischen

Gründen lediglich Börsentransaktionen in Aktien und Anleihen besteuert werden sollten (d.h. der gesamte außerbörsliche Handel nicht erfasst werden könne),² ist nun eine breite, möglichst alle Transaktionen erfassende FTT vorgesehen. Die Sinnhaftigkeit der FTT wird auch damit begründet, dass der Finanzsektor zu gering besteuert sei. Eine grobe Schätzung ergäbe, dass allein aus dem Umstand, dass Finanzdienstleistungen in der Regel keiner Mehrwertsteuer unterliegen, der Steuerausfall in der EU jährlich etwa EUR 18 Mrd. betrage. Es werden auch entgegen früherer Aussagen die positiven Verteilungswirkungen einer FTT anerkannt.

In den Erläuterungen zum Richtlinienentwurf wird auch darauf hingewiesen, dass die EU-weite Einführung einer FTT eine Vorleistung in Richtung eines global koordinierten Ansatzes darstellt. ➤